

## Ist das ganze Spanien in Babia? Lokale und regionale Initiativen des kollektiven Erinnerns an die Franco-Ära<sup>1</sup>

Die spanische Redewendung *estar en babia* heißt wörtlich übersetzt „in Babia sein“, meint aber sinngemäß das gleiche wie die deutschen Redewendungen „geistesabwesend sein“, „in den Wolken schweben“, „verblüfft“ oder sogar „dumm sein“. Kaum einem Spanier ist diese Phrase unbekannt. Oft ist in den Zeitungen zu lesen, die Regierung oder bestimmte Minister, Politiker und Parteien seien bezüglich dieser oder jener Problematik „in Babia“. Der Satz *estar en babia* erscheint den Spaniern als eine so feste Formel ohne realen Gehalt, daß die meisten, die oft „in Babia sind“, denken, daß es diesen Ort ihrer Tagträume tatsächlich nur als sprichwörtliche Redewendung gibt.

Doch das ist falsch, denn Babia existiert wirklich.

Es ist eine kleine Region mit nur zwei Gemeinden und etwa 2.200 Einwohnern, gelegen im gebirgigen Nordwesten Spaniens zwischen der Provinz León und Asturien.<sup>2</sup> Im mittelalterlichen Spanien sah das etwas anders aus – Babia war bekannt: Vom 9. bis 11. Jahrhundert war León ein kleines Königreich in ständigem Kampf gegen die Araber, und Kastilien war nur eine Grafschaft Leóns. Die leonesischen Könige besaßen die Angewohnheit, sich während der kurzen Friedensintervalle in die Bergtäler von Babia zurückzuziehen, um den Intrigen des Hofes zu entfliehen und sich der Jagd zu widmen. Wenn der König bei Hofe verlangt wurde, antworteten die Bediensteten – egal wo sich der König tatsächlich befand –, seine Majestät sei

---

1 Die hier erläuterten Beispiele sind auch in den Artikel „Erinnern und Vergessen im post-diktatorischen Spanien“ eingegangen (erscheint in: *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Historische Kontroversen und politische Kultur nach 1945*, hrsg. von M. Sabrow, K. Große Kracht und R. Jessen, 2003).

2 Die kleine Region Babia besteht aus den Gemeinden Cabrillanes und San Emiliano, beide im Norden der spanischen Provinz León. Nach Angaben der Diputación Provincial de León (Provinzregierung León, <http://www.dipuleon.com/>) aus dem Jahr 1996 zählt Cabrillanes nur 1209 Einwohner auf einer Fläche von 169,2 km<sup>2</sup>. Die Angaben für San Emiliano sind 1.030 Einwohner und 210,7 km<sup>2</sup>. Babia hatte im Jahr 1996 nur 2.239 Einwohner und eine Fläche von knapp 380 km<sup>2</sup>.

in Babia. Dies ist der Ursprung der Redewendung, durch welche die Region Babia in der spanischen Kultur weiterlebt.<sup>3</sup>

Die Bewohner Babias aber haben sich für diese verächtliche Redewendung gerächt und ihre Region zu einem Gravitationszentrum der nachdiktatorischen Geschichtskultur Spaniens gemacht. Eine der dunkelsten Episoden der Franco-Diktatur hat nämlich ihren Schauplatz in Babia. Sie handelt nicht von den unmittelbaren Opfern, die der Bürgerkrieg an seinen verschiedenen Fronten forderte, sondern von den ungezählten Menschen, die unmittelbar nach den Kämpfen in der ersten Nachkriegszeit der Rache und den politischen Säuberungen zum Opfer fielen. Schon während des Krieges wurden circa 200.000 Menschen in den von den Aufständischen besetzten Zonen ermordet. Die Vergeltung, die für diese Taten in den republiktreuen Gebieten geübt wurde, erfordert ihrerseits tausende Opfer, wenn auch etwa dreimal weniger als im Machtbereich der Aufständischen.<sup>4</sup> Die toten Anhänger der Aufstandsbewegung unter Franco wurden unmittelbar nach dem Krieg gefunden und bald zum Gegenstand eines wahren Märtyrer-Kults.<sup>5</sup> Als Gefallene „für Gott und für Spanien“ wurden sie zu Helden erhoben und durch die Benennung von Straßen, auf Erinnerungstafeln in Kirchen und durch Denkmäler verewigt, ja sogar heilig gesprochen. Die Opfer der anderen Seite, die „Anti-Spanier“, wurden im Gegensatz dazu in einsamen Wäldern, auf Landstraßen und Friedhöfen ermordet und in anonymen Massengräbern verscharrt.

Freunde, Verwandte und Nachbarn haben aber bis heute nicht vergessen, wo diese Opfer zu finden sind. Auch die Familien und Nachbarn aus Babia nicht, in dessen Nähe sich ein Massengrab mit Opfern des franquistischen Terrors befindet. Erstmals im post-franquistischen Spanien wurde in diesem abgeschiedenen Landstrich öffentlich die Forderung erhoben, die Toten der republikanischen Seite aufzufinden und zu rehabilitieren. Der „Verband für die Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses“<sup>6</sup> aus Babia, unter dessen leitenden Mitgliedern sich einige Historiker befinden,

3 Eine Erklärung zu dieser Redewendung in der Artikelsammlung *En Babia*, des babianischen Journalisten und Schriftstellers Julio Llamazares, Madrid 1991, S. 9. Auch dazu: R. Martínez Bernardo, „Estar en Babia“. *Tecla* vom 18.01.02, Zeitschrift der Consejería de Educación en Reino Unido e Irlanda, Ministerio de Educación, Cultura y Deporte; <http://www.sgci.mec.es/uk/Pub/Tecla/2002/ene18a.html>, Stand von Okt. 2002.

4 Eine interessante Schätzung der Toten findet man in G. Jackson, *Annäherung an Spanien 1898–1975*, Frankfurt a. M. 1982 (Anmerkungen zum Kapitel IV, Note 4, S. 219).

5 Siehe dazu J. Casanova *La cruzada y sus mártires*, EL PAIS.es vom 07.01.02.

6 Der Verband ARMH (Asociación para la recuperación de la memoria histórica), Motor der Ausgrabungen der Massengräber des Franquismus in Babia, hat mehrere Filialen in Spanien, darunter Piedrafita de Babia, Badajoz (Extremadura), Valladolid (Kastilien-Leon) und Gijón (Asturien). <http://www.memoriahistorica.org/>.

fordert seit 1999 die öffentliche Rehabilitierung dieser Gefallenen und die Anerkennung ihres Schicksals als Teil der regionalen Geschichte. Zu diesem Zweck hat der Verband mit Hilfe von Archäologen und freiwilligen Helfern Ausgrabungen an den Orten des Terrors organisiert und vor allem hierdurch erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit auf Babia gezogen. Die gewagte Initiative des Verbandes zielte nicht nur auf die Exhumierung der mutmaßlichen Massengräber, wofür die Unterstützung der lokalen Gemeinde- und Gerichtsbehörden sowie von Archäologen und Helfern aus zehn verschiedenen Ländern mobilisiert wurde. Darüber hinaus sollte die Identität der aufgefundenen Toten durch DNA-Proben bestätigt werden. Selbst an die UNO appellierte der „Verband für die Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses“, um Unterstützung für sein Anliegen zu erhalten.<sup>7</sup>

Solche Aktivitäten fanden natürlich nicht überall Zuspruch, denn auf Grund der in der *transición*-Phase etablierten Geschichtspolitik haben staatliche Institutionen in 25 Jahren nach-franquistischer Demokratie niemals vergleichbare Initiativen zur historischen Rehabilitierung ergriffen. Die spektakuläre Aktion in der Provinz machte bald überregionale Schlagzeilen und konfrontierte die Protagonisten des Schweigekonsens mit unangenehmen Erinnerungen, die durch die Bilder der in Babia ausgegrabenen Schädel wachgerufen wurden<sup>8</sup>. Zudem war angesichts der breiten Bericht-

---

7 Zum Babia-Fall folgende Presseartikel: [El Mundo – Crónica]: La fosa del maestro Victorino, EL MUNDO.es vom 30.06.02; E. Cué, Carlos: La tierra devuelve a sus muertos, EL PAÍS.es vom 01.07.02; C.E.C.: 1.000 peticiones para que la ONU investigue a los desaparecidos, EL PAÍS.es vom 01.07.02; [El País]: Los restos de los milicianos de Piedrafita regresan del Olvido, EL PAÍS.es vom 06.07.02; El País/Reuters: Rescatados del Olvido los restos de los milicianos fusilados en Piedrafita, EL PAÍS.es vom 06.07.02; [El Mundo - Crónica]: La Guerra Civil no ha terminado, EL MUNDO.es vom 07.07.02; Moreno, Marifé: Un esqueleto con alpargatas negras, EL PAÍS.es vom 08.07.02; El País: La juez autoriza la identificación de los cadáveres de Piedrafita, EL PAÍS.es vom 09.07.02; EFE: 65 años de historia escondida, EL PAÍS.es vom 29.07.02; E. Cué, Carlos: Los desaparecidos españoles, EL PAÍS.es vom 06.08.02; *ibid.*: El caso de la fosas de la Guerra civil llega hasta la ONU, EL PAÍS.es vom 21.08.02; Serrano, Rodolfo: La memoria exhumada, EL PAÍS.es vom 08.09.02; Díez, Anabel: El PSOE pide en el Congreso que los jueces faciliten la exhumación de fusilados de la Guerra Civil, EL PAÍS.es vom 12.09.02; La Vanguardia: La ONU espera un informe sobre los desaparecidos, LA VANGUARDIA.es vom 23.09.2002; La Vanguardia: Los límites de la memoria histórica, LA VANGUARDIA.es vom 30.09.2002.

8 Von besonderer Bedeutung waren die Bilder der Ausgrabungen in Anwesenheit der betroffenen Verwandten in dem Dokumentarfilm „Guerra civil, recuperar la memoria (apertura de fosas comunes de la guerra civil)“ im Rahmen der Wochensendung „Informe Semanal“, wohl die bekannteste Nachrichtensendung in Spanien. Die Gesamtlänge des Berichts beträgt 09:21 Minuten. Erstausstrahlung am Samstag 6.7.2002, um 21:55

erstattung fast sicher zu erwarten, dass sich viele andere vom „babianischen Fieber“ anstecken lassen und dem Beispiel der kleinen leonesischen Gemeinde folgen würden.

Und so kam es tatsächlich: Dem für die Ausgrabungen in Babia verantwortlichen Verband liegen seither über eintausend Hinweise zur Lokalisierung von Massengräbern im gesamten spanischen Territorium vor. Daß nach so langer Zeit der Anstoß zur Aufdeckung der häßlichen Seiten der spanischen Zeitgeschichte in Babia und nicht in anderen Regionen begannen, ist reiner Zufall und entbehrt zudem nicht einer gewissen Ironie: Sogar in Babia, einer kleinen und unbedeutenden Region, kann man der Vergangenheit nicht entfliehen. Insofern stellt der Fall von Babia einen wichtigen Schritt zur Aktivierung einer regionalen Erinnerungskultur dar, auch wenn längst nicht alle örtlichen Initiativen auf derart breites Interesse stoßen wie die Massengräber von Babia.

### Die franquistischen Relikte

Dem aufmerksamen Beobachter wird es nicht schwer fallen, die Wappen der franquistischen Einheitspartei *Falange* auch heute noch an zahlreichen Häusern, Brunnen oder Denkmälern zu entdecken. Der Adler der Franco-Staatswappen und das Porträt des *Generalísimo* als Gemälde auf vielen Mauern überlebten auf einigen Fassaden, seine Reiterstandbilder sind beinahe ebenso flächendeckend über das spanische Territorium verteilt wie die berühmten Stiere der Weinmarke Osborne. Sogar Peseta-Münzen mit dem Konterfei Francos sind neben solchen mit dem Porträt des Königs Juan Carlos I bis 1989 im Umlauf gewesen. In vielen Städten tragen die Straßen immer noch die Namen von *Falange*-Gründern, aufständischen Generälen und anderen Vertretern der republikfeindlichen Kräfte. Zum Beispiel in der Stadt A Coruña in Galicien – dort bilden die Straßennamen praktisch die ganze militärischen Rangliste der aufständischen Armee ab.<sup>9</sup>

Daß es sich hierbei nicht um einen übertriebenen Einzelfall handelt, zeigt eine Erhebung der Verwaltung der nordspanischen Stadt Santander über die Überreste der Franco-Diktatur innerhalb der Stadt.

Diese Untersuchung weist eine weitaus größere Zahl solcher materieller und nicht-materieller Symbole auf, als anfangs vermutet: immerhin 30 Straßennamen und zwölf Denkmäler. In Santander zog man daraus die

---

Uhr bei TVE-1. Quellen: Centro de Documentación de TVE und Torrespaña – Servicios Informativos TVE.

9 Dazu: L. Facal, Ramón: Callejero franquista, EL PAÍS vom 23.02.02. Ansonsten findet man einen sehr interessanten Fall von Aktualisierung franquistischer Symbolik in: Fraguas, R.: El pasado ¡Presente!, EL PAÍS.es vom 14.02.01.

Konsequenz, daß man die materiellen Überreste des Franquismus systematisch beseitigte und die Straßen umbenannte.<sup>10</sup>

Interessanterweise spielten in diesem Fall Zeithistoriker eine entscheidende Rolle bei der Initiierung der geschichtspolitischen Initiative. Sowohl die Debatte über die franquistischen Relikte in Santander als auch die anschließenden Maßnahmen zu ihrer Beseitigung gingen direkt auf die Diskussionen eines Seminars der Sommeruniversität Menéndez Pelayo mit dem Titel *La mirada retrospectiva de la historia* („Der retrospektive Blick in die Zeitgeschichte“) im Sommer 2000 zurück. Das Seminar endete mit einem von fünfzehn Geschichtswissenschaftlern unterzeichneten Manifest zur Beseitigung der franquistischen Überreste. Es gab den Anstoß zu der von der Stadtverwaltung Santander initiierten Studie über das Fortbestehen von Relikten aus der Franco-Ära, die von lokalen Historikern durchgeführt wurde.

Santander entwickelte sich rasch zu einem Präzedenzfall, und andere lokale Akteure nutzten die Chance, mit ähnlichen Initiativen an die Öffentlichkeit zu gehen. So stellte in der spanisch-nordafrikanischen Stadt Melilla ein zu diesem Zweck gegründeter Verband identische Forderungen nach der Beseitigung franquistischer Relikte. Die Hafenstadt Melilla ist ein Hauptquartier der spanischen Armee und eine Hochburg der spanischen Legion. Etwa ein Viertel der Immobilien der Stadt befinden sich noch heute im Besitz des Militärs. Wie alle Enklaven des damaligen spanischen Protektorats Marokko spielte Melilla mit seinen erfahrenen Truppen eine entscheidende Rolle im militärischen Aufstand vom Juli 1936 und seiner Übertragung auf die iberische Halbinsel. Neben zahlreichen anderen Denkmälern zur Erinnerung an diesen „Heiligen Kreuzzug“ stehen in Melilla eine Statue Francos, eine Statue zur Ehrung der Spanischen Legion, geschmückt mit dem Adler des franquistischen Staatswappens, und ein fünf Meter hohes „Kreuz der Gefallenen“. Außerdem gibt es in der Stadt 56 Straßen und Plätze mit franquistischen Namen, von denen zudem viele Erinnerungsschilder mit franquistischer Symbolik aufweisen. Anders als in Santander setzte sich im Fall Melilla das Verteidigungsministerium jedoch mit einem widersprüchlichen Argument für das Fortbestehen des symbolpolitischen Status quo ein: „Ein Volk, das seine eigene Geschichte vergißt, sieht sich früher oder später dazu gezwungen, sie zu wiederholen.“ Die Überreste seien „ein Erbe der Geschichte, aus dem man eine klare Lektion ziehen soll.“<sup>11</sup> Alles andere als zufrieden mit dieser Antwort, beschmierten

10 J. Delgado, El franquismo sigue en el callejero, EL PAÍS.es vom 18.02.02; ebenda: Santander cambia de nombre a la plaza del Generalísimo, EL PAÍS.es vom 08.03.02.

11 Zitate eines im Namen des damaligen Verteidigungsministers unterzeichneten Briefes an einen Vertreter des genannten Verbandes. C. E. Cué, Defensa se niega a retirar

Mitglieder des Verbandes mehrere Denkmäler mit Graffiti, was für sie mit Verhaftung und Verurteilung zu einer Geldstrafe endete.

Wenige Wochen nach diesem Vorfall wurde im März 2001 eine Reiterstatue Francos in Madrid attackiert. Die Angreifer gossen mehrere Liter roter Farbe auf das Denkmal und sorgen damit in der lokalen und regionalen Presse für Schlagzeilen, die den Diktator selbst wahrscheinlich erheitert hätten: „Der rote Franco.“<sup>12</sup> Dieser provozierende Vorstoß zur Skandalisierung und Beseitigung der materiellen Überreste der Diktatur ist als weiteres Indiz einer sich mehr und mehr entwickelnden Erinnerungskultur „von unten“ zu sehen. Freilich stieß der Anschlag auf das Denkmal bei den politischen Parteien auf wenig Gegenliebe. Die meisten Kommentare aller überregionalen Zeitungen – von den konservativen bis zu den sozialdemokratischen Blättern – haben den Angriff auf das Madrider Denkmal scharf verurteilt<sup>13</sup> und damit deutlich gemacht, dass eine gesellschaftliche Basisbewegung zur Beseitigung der symbolischen Überreste des Franco-Regimes für die etablierten politischen Kräfte nicht akzeptabel wäre. Wie begrenzt der Rückhalt für derartige Bestrebungen zur Entfernung der Überreste der franquistischen Diktatur auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger nach wie vor ist, zeigte sich erneut im Februar 2002, als im spanischen Parlament ein Antrag der baskischen Regionalpartei *Partido Nacionalista Vasco* (PNV) zur Verurteilung des militärischen Aufstandes vom Juli 1936 eingebracht wurde. Dieser enthielt auch die Forderung, alle franquistischen Symbole in Spanien zu entfernen und die nach den Größen des Regimes benannten Straßen systematisch umzubenennen. Der Vorschlag scheiterte an den Stimmen der in Madrid regierenden *Partido Popular* (PP).<sup>14</sup>

Allerdings ist die Stimmung selbst innerhalb der rechten *Partido Popular* nicht einheitlich. Während sie als Madrider Regierungspartei derartige Vorschläge kategorisch ablehnte, stellten sich lokale Repräsentanten der Partei in einzelnen Städten wie etwa in Santander solchen Unternehmen

---

símbolos franquistas de Melilla, EL PAÍS.es vom 19.2.01; M. A. Sánchez Suárez, Melilla y la simbología franquista, EL PAÍS.es vom 16.7.02

12 Agencias/[El País]: En libertad los cinco detenidos por pintar de rojo la estatua ecuestre de Franco, EL PAÍS.es vom 21.05.01.

13 Beispiele dazu sind: M. Rivilla San Martín, La estatua ecuestre de Franco, EL PAÍS.es vom 26.5.1; sowohl zu dieser Problematik als auch im Allgemeinen über die Aufarbeitung der franquistischen Vergangenheit: B. Prado, No son franquistas, EL PAÍS.es vom 24.05.01 und E. Haro Tecglen, Perdiendo la guerra, EL PAÍS.es vom 25.05.01.

14 Eine Zusammenfassung der parlamentarischen Debatte findet man in: J. Casqueiro/A. Díez, El PP se queda solo en el Congreso al rechazar de nuevo la condena del golpe militar de 1936, EL PAÍS.es, 14.02.02.

nicht entgegen. Umgekehrt wiederum wurde das Problem der materiellen und symbolischen Überreste der Franco-Ära auf lokaler Ebene auch von vielen Sozialdemokraten der *PSOE* bewußt ignoriert – z. B. in A Coruña, eine von der *PSOE* regierten Stadt – während die Parteiführung auf nationaler Ebene eine klare Pro-Position zur Schau stellt, auch wenn sie diese nicht immer nachdrücklich in der Öffentlichkeit verteidigt.

Der Konflikt um die franquistischen Relikte flackert immer wieder auf, ohne dass sich schon so etwas wie ein neuer geschichtspolitischer Konsens abzeichnen würde. So beseitigte etwa der regionalistische Block Galiciens *BNG* die Reiterstatue Francos aus dem Zentrum der von ihr regierten Stadt O Ferrol.<sup>15</sup> Dieser Vorstoß mußte schon deshalb Aufsehen erregen, weil die Stadt, früher „Ferrol des Führers“ genannt, der Geburtsort Francos ist. Und so blieb der Fall nicht lange ein bloßes Provinzereignis. Der von den Konservativen gestellte Madrider Oberbürgermeister ging an die Öffentlichkeit und kündigte nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ an, dass er die Madrider Statue Francos niemals entfernen werde.<sup>16</sup> Kurz darauf änderte auch der Oberbürgermeister von Santander seine Meinung und entschied sich im Gegensatz zu früheren Äußerungen für das Verbleiben der Franco-Reiterstatue in seiner Stadt.<sup>17</sup>

## Die Zwangsarbeiter-Debatte

Im letzten Beispiel geht es um die zahlreichen Zwangsarbeiter, die in der Zeit zwischen 1936 und 1970 von den unterschiedlichen Regierungen unter Franco als kostenlose oder bestenfalls unterbezahlte Arbeitskräfte beim Wiederaufbau der im Bürgerkrieg zerstörten und beim Aufbau neuer Infrastruktureinrichtungen eingesetzt wurden. Viele Arbeiter wurden zudem von Privatunternehmen eingestellt oder „vermittelt“. Zu ihrem Einsatzgebiet gehörten auch der Bau zahlreicher Denkmäler zur Erinnerung an den franquistischen „Kreuzzug“, von denen das bekannteste Beispiel im „Tal der Gefallenen“ – *El Valle de los Caídos* – steht. Obwohl quantitative Angaben wegen der langen Zeitspanne, der sehr unterschiedlichen Einsatzgebiete sowie der wechselnden Zusammensetzung und Lokalisierung der Arbeitergruppen nicht unproblematisch sind, wird die Zahl dieser Zwangsarbeiter auf zwischen 200.000 und 400.000 geschätzt.<sup>18</sup>

15 P. Carbajo, *Retirada la estatua ecuestre de Franco en Ferrol*, EL PAÍS vom 5.7.02.

16 R.F.: *El alcalde invoca 'la historia' para mantener la estatua de Franco*, EL PAÍS.es vom 6.7.02; [EL MUNDO]: *'La historia es la historia'*, EL MUNDO.es vom 5.7.02.

17 J. Delgado, *PP y PRC vetan la retirada de la estatua de Franco en Santander*, EL PAÍS.es vom 25.07.02.

18 Mehrere Quellen weisen darauf hin, daß die Zahl der republikanischen Kriegsgefangenen und politischen Häftlinge in der spanischen Nachkriegszeit ca. 550.000 beträgt, von

Neben den Opfern politischer Hinrichtungen, den Exil-Flüchtlingen, den Guerilla-Kämpfern und den Mitgliedern der Internationalen Brigaden gehören die Zwangsarbeiter zur breiten und heute weitgehend vergessenen Gruppe derjenigen, die in der franquistischen Rhetorik als „Anti-Spanier“ verunglimpft wurden. Der Unterschied zu den anderen Gruppen liegt darin, dass die Zwangsarbeiter mit weniger „Romantik“ verbunden waren und nie Teil der literarischen oder filmischen Bürgerkriegserinnerung“ geworden sind. Wenige Monate nach der oben vorgestellten Debatte um die franquistischen Symbole erhielten aber auch sie zumindest für kurze Zeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Mitte August 2001 präsentierten die Fernsehnachrichten ein Urteil über die Gewährung finanzieller Entschädigungen für die Zwangsarbeiter, verbunden mit einer gewissen moralischen Anerkennung und materiellen Erleichterungen. Auch wenn die entsprechenden Verbände die Summen des Entschädigungsangebotes als zu gering und rein symbolisch kritisierten, akzeptierten die meisten Zwangsarbeiter die niedrigen Zahlungen dennoch mit einer gewissen Resignation. Mit großer Aufmerksamkeit konnten die Betroffenen ohnehin nicht rechnen. Die Medien sendeten keine großen Reportagen oder ausführliche Dokumentationen – nichts, was noch Öl ins Feuer gießen würde.

Die öffentliche Debatte ging von einem Tag auf den anderen zu Ende. Die spanische Politik war einmal mehr „in Babia“, diesmal ganz im Sinne der Redewendung. Weder die politischen Instanzen, noch die katholische Kirche oder die betroffenen Unternehmen äußerten sich offiziell zur Anerkennung der Zwangsarbeiter. Von einer öffentlichen Entschuldigung war keine Rede. Nach drei bis vier Tagen einer gewissen Aufmerksamkeit schien die Schuld der Vergangenheit liquidiert.

Ein derart rasches Vergessen war jedoch im Fall des sogenannten *Canal de Riego del Bajo Guadalquivir* nicht möglich. Der Aufbau dieses großen Bewässerungsprogramms, Fortsetzung der seit dem 19. Jahrhundert betriebenen *política hidráulica*, erforderte ca. 10.000 Zwangsarbeiter und benö-

---

denen etwa die Hälfte die „Chance“ hatte, ihre „Strafe“ durch Arbeit „auszulösen“ –so die Sprache des Regimes (die dafür verantwortliche Organisation war das „Patronato para la redención de penas“). Zu dieser Zahl kamen noch 10.500 Häftlinge, die ab 1941 vom Franco-Regime nach Deutschland als Zwangsarbeiter geschickt wurden, sowie ca. 40.000 in Frankreich lebende Exil-Flüchtlinge, die als Zwangsarbeiter in deutschen KZs eingesetzt wurden. Einige Autoren reden von ca. 400.000 Zwangsarbeitern. Diese Angaben sind aber aufgrund der Quellen selbst überaus problematisch, wie man aus den folgenden Studien entnehmen kann: I. Lafuente, *Esclavos cara al sol*. EL PAÍS.es vom 26.5.02; X. Montanyá, *Belchite, las huellas de la memoria*, LA VANGUARDIA.es vom 9.10.02; ders., *Esclavos por la patria. La explotación de los presos bajo el franquismo*, Madrid 2002; M. Bernal, *Los presos del Canal 1940–1962*, Sevilla 2002; R. Serrano/D. Serrano, *Toda España era una cárcel. Memoria de los presos del franquismo*. Madrid 2002.



tigte zwischen 1940 und 1962 rund 22 Jahre bis zur Vollendung. Aus den Arbeiten an diesem langjährigen Großprojekt entstanden sogar drei neue Siedlungen: die Orte Bellavista, Merinales und Palmar de Troya.<sup>19</sup> Das Bewässerungsprojekt beeinflusste die landwirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region und läßt erahnen, welche große Rolle die Mobilisierung von erzwungener Arbeit für die Entwicklung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur dieser Gegend hatte. Dies wiederum erklärt, warum hier die Praktiken der franquistischen Zwangsarbeiterpolitik nicht so gleichgültig wie sonst der Vergessenheit überantwortet wurden. So wurde im Februar 2002 von verschiedenen lokalen Organisationen, darunter einer Universität, einer Gewerkschaft und einer Stiftung, ein sechstägiger Workshop an der Universität Pablo de Olavide in Sevilla organisiert. Ziel war es, die Geschichte der Zwangsarbeiter in der Region aufzuarbeiten. Außer Historikern und anderen Experten nahmen auch mehrere ehemalige Arbeiter teil. Auch im Fall der Guadalquivir-Zwangsarbeiter ist also zu erkennen, dass regionale und lokale Akteure einmal mehr die Aufgabe einer aktiven Erinnerungspolitik übernahmen, die von politischen Instanzen nicht wahrgenommen wurde.

Obwohl der Workshop der Universität von Sevilla zur Geschichte der Zwangsarbeit über die regionalen Ausgaben der größten Zeitungen<sup>20</sup> hinaus kaum öffentliche Beachtung fand, trug die Initiative doch einiges dazu bei, die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreibung für diese Problematik zu schärfen: Immerhin erschienen etwa ein halbes Jahr später zwei Monographien zum Problem der Zwangsarbeiter im Franquismus.<sup>21</sup> Ähnlich wie in Babia wuchs die Zahl der Stimmen, die sich des Themas in der Öffentlichkeit annahmen, in kurzer Zeit nach dem Schneeballprinzip: Die Universität Barcelona und das Historische Museum Kataloniens kündigten die Organisation eines Kongresses mit den Schwerpunkten Zwangsarbeiter und Konzentrationslager im Franquismus für Mitte Oktober 2002 an.<sup>22</sup> Wenige Tage vor dem Kongreß erhob die linkskommunistische Organisation *Izquierda Unida* (IU) im spanischen Parlament die Forderung, alle Relikte des Franco-Regimes zu beseitigen und an den von Zwangsarbeitern errich-

19 Dazu M. Bernal, *Los presos del Canal* (Anm. 18).

20 Das Echo in der Presse erreichte wieder nur die Regionalausgabe für Andalusien von EL PAÍS.es, unter dem Titel *Los trabajos forzosos de los vencidos* (20.2.02), sicher aber auch andere kleinere Regionalzeitungen, die mir während der Abfassung dieses Beitrags nicht zur Verfügung standen.

21 Diese zwei Monographien sind die bereits zitierten Werke von I. Lafuente und R. Serrano/D. Serrano (beide Anm. 18).

22 J. M. Soria, *Nuevas visiones sobre el Franquismo*, LA VANGUARDIA.es vom 14.8.02. Vgl. das Program des Kongresses bei Museu d'Historia de Catalunya: <http://cultura.gencat.es/museus/mhc/mhc4cs.htm>

teten Bauwerken Gedenktafeln anzubringen.<sup>23</sup> Dieses erneute Auflodern der Debatte zeigt beispielhaft, daß geschichtspolitische Initiativen an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Politik und lokalen Interessenverbänden tatsächlich funktionieren können, auch wenn staatliche Institutionen überwiegend dazu tendieren, die bestehenden Tabus aufrecht zu erhalten. Ein Vierteljahrhundert nach Ende der Diktatur beginnen sich damit neue, zivilgesellschaftliche Formen der Aufarbeitung der Franco-Ära herauszubilden.

Sind lokale und regionale Akteure die Verwahrer des Erinnerns?

Fünfundzwanzig Jahre nach der Auflösung des Franco-Staates durch die Verfassung vom 6. Dezember 1978 ist die Bilanz des spanischen Übergangs zur Demokratie durchaus positiv. In nur knapp drei Jahren wurde ein vierzigjähriges diktatorisches System ohne die großen sozialen Kosten, die man befürchtet hatte, abgebaut und mit Erfolg und Entschiedenheit eine solide Demokratie errichtet. Hieran besteht kein Zweifel – allerdings auch nicht an der Tatsache, daß hierfür ein nicht eben niedriger Preis zu zahlen war. Im Geiste des viel beschworenen „nationalen Konsens“, der seither zu einem zentralen Schlüsselbegriff und zum Gründungsmythos des post-franquistischen Spaniens geworden ist, wurde die diktatorische Vergangenheit hinter eine schwere, gepanzerte Tür aus Tabus und Ängsten verbannt, das kulturelle Gedächtnis Spaniens praktisch gelähmt.

Daß diese politische Blockade auch ein Vierteljahrhundert nach dem Übergang zur Demokratie immer noch wirkt und politisch gestützt wird, beweist, daß ihre Hauptursache auch heute noch volle Gültigkeit besitzt: die Angst vor den polarisierenden und Konflikt treibenden Folgen einer breiten öffentlichen Debatte über die dunkle Vergangenheit. Eine unbefangene, von politischen Kontrollen freie Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit wird von vielen Spaniern immer noch eindeutig als negativ betrachtet – als ein gefährlicher Destabilisierungsfaktor im kulturellen und politischen Leben. Man kann sagen, dass die Spanier die Vorteile genießen, die ihnen die Überwindung ihrer diktatorischen Vergangenheit gewährt, ohne dass sie diese Vergangenheit aktiv aufgearbeitet oder diese Aufarbeitung auch nur explizit angestrebt hätten.

Das Problem dieser scheinbaren Lösung zeigt sich mittel- und langfristig in Form eines paradoxen, nicht erwarteten Bumerangeffektes. Die Geschichtspolitik des Schweigens und Vergessens ruft Reaktionen hervor. So nehmen einzelne Gruppen der Gesellschaft die Aufarbeitung bestimmter

---

23 C. E. Cué, IU exige honrar la memoria de los 'esclavos' del franquismo, EL PAÍS.es vom 20.12.02.

Aspekte der franquistischen Vergangenheit selbst in Angriff. Den gemeinsamen Nenner all dieser Initiativen bildet eine wichtige regionale Komponente. Damit kann ein wichtiger Teil der Geschichtskulturbildung im nachdiktatorischen Spanien als ein *bottom-up*-Prozess mit starkem *top-down*-Widerstand seitens der überregionalen politischen Ebene betrachtet werden. Die zitierten Beispiele zeigen, daß die Dialektik zwischen regionalen und überregionalen Akteuren einen wichtigen Motor der Geschichtskulturbildung in heutigem Spanien darstellt. Lokale bzw. regionale Initiativen entsprechen nicht-institutionellen Interessengruppen innerhalb der Zivilgesellschaft, während die überregionalen Spieler durch die systempolitischen Institutionen und nationalstaatlichen Parteien vertreten sind. Regionalistische Parteien können sich dagegen an lokale Initiativen ankoppeln und sie auf die überregionale Ebene tragen (Fall der baskischen *PNV*) oder eigene, auf lokaler Ebene beschränkte Initiativen selbst auslösen (Fall der *BNG* in O Ferrol). Lokale und regionale Institutionen geraten dabei zwischen zwei Fronten; sie erweisen sich trotz des institutionellen Drucks und abhängig von der konkreten Region als gewissermaßen permeabel für regionale Initiativen (so z. B. in Babia). Die *bottom-up*-Initiativen treffen meistens auf starkem Widerstand der überregionalen politischen Ebene. Dieser Widerstand variiert je nach Anlaß von Passivität und über Banalisierung bis zur kategorischen Ablehnung nach Art eines Vetorechts.

Die offizielle Strategie der „kollektiven Amnesie“ war und ist ein geschichtspolitisches Programm, das die Realität der spanischen Kultur nur unvollständig beschreibt. Sie errichtete – zunehmend brüchige – Tabus, schuf damit aber zugleich die Basis für zukünftige Polemiken, scharfe Konflikte und bittere Rückblenden. Dass immer wieder Initiativen wie die oben beschriebenen entstehen, unterstützt diese Annahme und beweist, dass die offizielle Erinnerungspolitik tatsächlich Risse bekommen hat – wenn sie diese nicht schon immer hatte –, auch wenn es sich immer noch um Einzelfälle mit beschränkter lokaler oder regionaler Bedeutung handelt. Indem der Zugriff auf die jüngste Vergangenheit nur selten, unter politischer Bevormundung oder aus bestimmten Parteien-Interessen erfolgt, wird eine frontale Aufarbeitung des „Problems“ immer wieder – sine dato – verschoben. Die Folgen dieser Erinnerungspolitik und -praxis reichen aber weiter: Das kulturelle Gedächtnis Spaniens bleibt gelähmt, erstens von dem „gezwungenen“ Vergessen, zweitens aber auch von dem erwähnten Bumerangeffekt, der nach Art unerwünschter Flashbacks das historische Bewusstsein des Landes zyklisch erschüttert. Die Wächter dieses minoischen Labyrinths des Erinnerns und Vergessen scheinen es zu bevorzugen, sich wie die leonesischen Könige im 10. Jahrhundert zu verhalten und sich nach

Babia zurückzuziehen. Wer hätte gedacht, daß sie die Vergangenheit auch dort – in Babia – treffen würde?